

M 4511 E

libertal

Heft 12

22. Jahrgang

Dezember 1980

ISSN 0459-1992

Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

ROLF SCHROERS

Konflikte

OTTO GRAF LAMBSDORFF

Außenwirtschaft im Lichte der Außenpolitik

KARL MOERSCH

»Welt-Medienordnung« – Theorie und Praxis

KURT KOSZYK

Politische Kultur und Medienkultur

LUTZ KÖLLNER

Zur Finanzierung der Militärausgaben

Der Süden Afrikas im Zeichen des Umbruchs

Klaus von der Ropp

Die kriegesischen Entwicklungen in den traditionellen und neuen Krisenregionen Asiens haben den Fortgang der Auseinandersetzungen um die künftige politische und wirtschaftliche Ordnung Südafrikas/Azania wie auch die Beilegung des SWA/Namibia-Konfliktes in der internationalen Berichterstattung in den Hintergrund treten lassen. Das wird sich mit einiger Wahrscheinlichkeit bald ändern. Denn die in Pretoria herrschenden Weißafrikaner haben es einmal mehr nicht verstanden, eine ihnen gewährte Atempause zu nutzen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die tiefgreifenden Wandel versprechenden Ansprachen des jetzt seit zwei Jahren amtierenden Premierministers P.W. Botha in Südafrika noch nicht einmal dazu geführt, die bestehende nicht nur afrikanisch-autoritäre sondern reaktionäre Ordnung zu einem ausgeprägt konservativen Gesellschaftssystem hin zu modifizieren.

Eines jedoch haben die offiziellen Stellungnahmen der Jahre 1978/79, entgegen den Interessen der Weißen, bewirkt: die Wandlungserwartungen der immer noch weitgehend rechtlosen schwarzafrikanischen Mehrheit (ca. 70 v. H. der Gesamtbevölkerung) sind stark angewachsen. Sie wurden jedoch nicht erfüllt! So hat sich 1980 unter den schwarzen Südafrikanern zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß die weißafrikanischen Machthaber heute, nicht anders als während der 12jährigen Amtszeit B.J. Vorsters, nicht bereit sind, sich in das Unvermeidliche zu schicken, und, wie auch von den Liberalen Südafrikas gefordert, die bestehende Ordnung durch eine solche zu ersetzen, die von den legitimen Vertretern aller vier Bevölkerungsgruppen ausgehandelt wurde. Von daher vergeht heute kaum eine Woche, da nicht illegale, häufig politisch motivierte Streiks, Schulboykotts oder terroristische Anschläge bekannt werden: die Entfachung eines Flammenmeeres über Sasolburg und Secunda, genauer den dortigen Anlagen Sasol I und II zur Kohleverflüssigung, in dem von einem Ölboykott bedrohten Südafrika Mitte 1980 durch Mitglieder des African National Congress (ANC) ist gewiß ein Fanal für die Zukunft dieses ob seines immensen Reichtums an oft seltenen Bodenschätzen auch für die Bundesrepublik Deutschland äußerst wichtigen Landes.

Die F.D.P. und der Südafrika-Konflikt

Es hat den Anschein, als werde die Komplexität des Konfliktes in und um Südafrika/Azania in der F.D.P. heute sehr viel deutlicher gesehen als noch wenige

Jahre zuvor. Wichtigstes Indiz für eine intensive und sachkundige Beschäftigung mit diesem Problemkreis ist, daß es im Wahlprogramm der F.D.P. für die Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 zum Stichwort »Rassendiskriminierung/Südafrika« u.a. heißt:

»Die F.D.P. tritt jeder Form von Rassendiskriminierung entschieden entgegen. Deshalb unterstützen die Liberalen in der Bundesrepublik nachdrücklich den Kampf der Liberalen Südafrikas zur Überwindung der Apartheid durch eine von den Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen dieses Mehrvölkerstaates frei ausgehandelte Ordnung. Diese neue Ordnung muß das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente enthalten.«

Man hat also erkannt, daß die zahllosen Resolutionen internationaler und nationaler, politischer und kirchlicher, akademischer und anderer Gremien, in denen die Politik der Apartheid verurteilt wird, ohne daß die Existenzangst der nach wie vor souverän herrschenden weißen Minderheit angesprochen würde, manches über Gebühr simplifizieren. Die Probleme des Mehrvölkerstaates Südafrika/Azania, in dem die Erste und die Vierte Welt aufeinander stoßen, lassen sich auch in den Augen der so kampfesmutigen Liberalen Südafrikas nicht nach der Formel »ein Mensch – eine Stimme – in einem Staat« lösen. Es bedarf vielmehr eines sehr qualifizierten Minderheitenschutzes. So wie die Gutheißung von Apartheid in der Regel auf ideologischer Verblendung beruht, so bedarf es auch ideologischer Blindheit, um nicht zu erkennen, daß angesichts der in Südafrika gegebenen Machtverhältnisse die Befreiung der schwarzen Mehrheit die machtpolitische Absicherung des Existenzrechtes der weißafrikanischen Nation (wie auch der beiden braunafrikanischen Minderheiten) voraussetzt.

Diese Wahlkampfaussage der F.D.P. liegt ganz auf der Linie der Vorstellungen einiger hervorragender Südafrikaner, die noch stets davor gewarnt hatten, aus Gründen politischer Opportunität davon abzusehen, außer für die Liquidierung der Apartheid vehement für einen besonderen Minderheitenschutz in einer neuen politischen Ordnung Südafrikas zu streiten: So malte der weit über die Grenzen Südafrikas hinaus bekannte, streitbare Liberale und Dichter Alan Paton für den Fall, daß u.a. das Ausland hier nicht zu einer differenzierten Politik finde, in einem Interview mit Gisela Albrecht die Auslöschung des Landes am Kap der Guten Hoffnung an die Wand. Der Vorsitzende der südafrikanischen liberalen Partei, Frederik van Zyl Slabbert, warnt vor einem »Abgrund der Gewalt«, der sich auch dann aufwie, wenn man bei der politischen Neugestaltung Südafrikas die legitimen Interessen der weißafrikanischen Minderheit übersehe. Schließlich warnte der mit van Zyl Slabbert sehr eng zusammenarbeitende, mächtige schwarze Politiker Gatsha Buthelezi seine militanten Kritiker: *»Ich kenne die Realität weißer Macht besser als die meisten anderen. Ich kenne besser als die meisten anderen die Bereitschaft der Weißen, die Erde in der elften Stunde zu verbrennen und bei der Verteidigung dessen zu sterben, was nicht zu verteidigen ist.«* Anders als sehr viele Außenstehende wissen die drei Genannten nur zu gut,

daß, sollte es zum Äußersten kommen, sich viele weiße Afrikaner der *Afrikaner-Weerstandsbewegung* anschließen werden. Und deren Terror wird vor gar nichts haltmachen.

Sehr zu begrüßen ist, daß die Liberale Internationale, maßgeblich auf Initiative deutscher Liberaler, die südafrikanischen Liberalen bei ihren beiden jüngsten Jahres-Kongressen (Ottawa 1979/Res. XV und Berlin/West 1980/Res. VII) im Sinne der oben erwähnten Wahlaussage der F.D.P. ihrer Unterstützung versicherte. Die Initiatoren solcher konstruktiven Resolutionen haben ihre Geschichtsbücher und darin die Geschichte des (südafrikanischen) Afrikanerdoms gelesen!

In dieses Bild passen die Gespräche, die einige hohe Verantwortliche der F.D.P. in jüngerer Zeit mit Federik van Zyl Slabbert, mit Gatsha Buthelezi und anderen wichtigen Funktionsträgern seiner (gemäßigten) INKATHA-Bewegung, mit dem Generalsekretär des (radikalen) *African National Congress*, Alfred Nzo, wie auch Vertretern der *Coloured Labour Party* (der gemischtrassigen Südafrikaner) geführt haben. Wenn diese Kontakte erweitert und vertieft werden, so mag die F.D.P., eine in einem der für Südafrika wichtigsten Drittstaaten Regierungsverantwortung tragende Partei, einen substantiellen Beitrag zur Lösung eines Konfliktes leisten, der nicht ohne Ähnlichkeit mit dem Nahost-Konflikt ist. Dieser Weg wird dornig sein. Ihn zu gehen, wird in der Auseinandersetzung mit den beiden wichtigsten Konfliktparteien, den schwarzen und den weißen Südafrikanern, aber auch mit den afrikanischen Frontstaaten, mit der OAU und den Vereinten Nationen wie auch anderen Parteien in der Bundesrepublik viel Kraft und Durchhaltevermögen erfordern. Die F.D.P. wird ihn dennoch gehen müssen! Dies schon deshalb, weil anderenfalls die Bundesrepublik in ihrer von Hans-Dietrich Genscher mit Fug und Recht so sehr gepflegten Dritte-Welt-Politik dort vor einem Desaster stehen wird.

Neuerungen in Zimbabwe und SWA/Namibia

Das Jahr 1980 hat nicht nur für Südafrika, sondern auch für die in manchem mit ähnlichen Problemen ringenden Nachbarländer Zimbabwe (ex Rhodesien) und SWA/Namibia wichtige Änderungen gebracht. Einzig dank einer überragenden diplomatischen Leistung des britischen Außenministeriums unter Führung von Außenminister Lord Carrington gelang es Anfang dieses Jahres, in Zimbabwe, das zuvor zu einem Pandämonium der Gewalt zu werden drohte, in einem unter den gegebenen Umständen im großen und ganzen demokratischen Prozeß den Übergang von weißer Minderheits- zu schwarzer Mehrheitsherrschaft zu bewerkstelligen. Das diplomatische Werk der Briten wäre gleichwohl vergebens gewesen, hätten die Wahlen von Ende Februar 1980 in Salisbury nicht mit dem von Hause aus radikal-nationalistischen Ministerpräsidenten Robert G. Mugabe eine Persönlichkeit an die Macht gebracht, deren kluge, behutsame und umsichtige Politik jeden Respekt verdient. Ihm und seiner Regierung sind Aufgaben gestellt, an denen viele viel erfahrenere Politiker binnen kurzem schon gescheitert sein würden: der Wiederaufbau eines Landes, dessen ländliche Gebiete von dem siebenjährigen Buschkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind; die Rücksied-

lung von Hunderttausenden von teils außer Landes geflohenen Menschen; die Koexistenz mit seinem Rivalen Joshua Nkomo – der zwar die Wahl klar verloren, jedoch wohl bis heute seine Niederlage nicht anerkannt hat – und dessen nach wie vor bewaffneter Armee ZIPRA (ca. 10000 Guerilleros); die Notwendigkeit der sozialen Reintegration der ZIPRA-Guerilleros und der Angehörigen seiner eigenen ZANLA-Armee (ca. 15000 Guerilleros), die neuerdings aus ihren bisherigen Lagern in die Umgebung der Städte Bulawayo und Salisbury umgesiedelt werden, allesamt weiterhin schwer bewaffnet, jedoch ohne einen erlernten zivilen Beruf sind; die Sicherstellung des Verbleibs der im Interesse der Erhaltung der hochentwickelten Volkswirtschaft unentbehrlichen weiß-zimbabwischen Minderheit im Lande sowie die damit kollidierende Forderung der schwarzen Zimbabweer nach radikaler Umverteilung, insbesondere nach einer einschneidenden Landreform.

So problematisch das Erbe weißer Minderheitsherrschaft in Zimbabwe nach alledem auch ist, so ist hier doch eine gewisse Konsolidierung gelungen. SWA/Namibia hingegen ist davon noch weit entfernt. Die von Großbritannien, Frankreich, Kanada, der Bundesrepublik Deutschland und den USA getragene Fünfer-Initiative zur Ablösung der weißen Minderheitsherrschaft durch eine frei gewählte Mehrheitsregierung ist derzeit allem Anschein nach zum Erliegen gekommen. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung ist das allerdings nicht nur den in Windhoek und Pretoria Herrschenden anzulasten. Denn hier sind auch von Seiten westlicher Unterhändler schwerwiegende Fehler gemacht worden. Deren folgeschwerster war wohl, daß auch westliche Verhandlungsführer, darunter vor allem der frühere amerikanische UN-Botschafter Andrew Young, die Auffassung vertraten und kundtaten, die für die europäischen Siedlerkolonien SWA/Namibia und Zimbabwe, übrigens zu Recht, propagierte Lösung (*»ein Mensch – eine Stimme – in einem Staat«*) habe für den Mehrvölkerstaat Südafrika/Azania Modellcharakter. Die SWA/Namibia-Initiative wäre wohl nur dann von Erfolg gekrönt gewesen, hätte sie von Anfang an die Handschrift einer Persönlichkeit nach Art des so sehr sachkundigen und souveränen Lord Carringtons getragen. So aber ist ungewiß, ob sie noch einmal wird belebt werden und damit zur Entlassung SWAs/Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit wird beitragen können.

Südafrika am Vorabend vollständiger Polarisierung?

Der langjährige Beobachter der südafrikanischen Szene wird, 1980 bei seiner Rückkehr um ein einziges Stichwort zur Beschreibung seiner südafrikanischen Eindrücke gebeten, wohl auf der Stelle auf die ständig wachsende Polarisierung zwischen Schwarz und Weiß hinweisen. Dazu steht nur in einem scheinbaren Gegensatz, daß es heute gewiß mehr Gesprächskontakte nicht nur zwischen den hier immer schon offenen Liberalen und Repräsentanten wichtiger politischer Gruppen der Schwarzen, sondern auch zwischen den letzteren und Vertretern der mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit herrschenden (weißen) *Nasionale Party van Suid-Afrika* gibt. Allein, diese Gespräche dienen nur der beiderseitigen Information. Es wird mithin nichts verhandelt. Dies ist um so erschreckender, als der Anfang 1980 veröffentlichte Bericht des Richters Petrus Cillie über die Ursachen

der über vier Jahre zurückliegenden schweren Unruhen (»Soweto«) abermals klargestellt hat, daß Südafrika erst dann zur Ruhe kommen wird, wenn das System der Apartheid durch eine von allen Betroffenen frei ausgehandelte Ordnung abgelöst sein wird.

Diese Einsicht ist allerdings unter den weißen Afrikanern nicht sonderlich verbreitet. Sie sind zu sehr Opfer der eigenen Propaganda wie auch der Ideologie, daß die bestehende Ordnung gottgewollt sei. Entsprechend ist das Land heute voller Unruhe: mangels Streikfonds sind zwar längerfristige Arbeitsniederlegungen von dem Millionenheer des schwarzen Industrieproletariats nicht durchzustehen, es kommt aber bald im Ost-Kap, bald irgendwo im Transvaal, bald an einem dritten Ort immer wieder zu kürzeren, oft politisch motivierten Streiks. Mitte 1980 kam es ferner im West-Kap unter gemischtrassigen Schülern abermals zu einem ausgedehnten Unterrichtsboykott. Ihnen schlossen sich in großer Zahl schwarze Schüler in anderen Regionen des Landes an. Vielleicht wird hier in Zukunft schon ein im Grunde banaler Anlaß, etwa ein Verkehrsunfall, in den Schwarze und Weiße verwickelt sind, genügen, um wie 1976/77 eine bürgerkriegsähnliche Lage aufkommen zu lassen. Vorerst noch vereinzelt, bewaffnete Anschläge auf Symbole der weißafrikanischen Macht (Polizeistationen usw.), auf Verkehrsanlagen wie auch industrielle Unternehmen bekunden die kontinuierliche Gärung. Bei alledem sollte jedoch die aus dem tragischen Scheitern der Aufstände von 1976/77 gezogene Lehre nicht vergessen werden: Bislang hat noch kein Ereignis bewirkt, den Herrschaftsapparat der weißen Afrikaner ernsthaft zu erschüttern oder gar zu gefährden. Das wird leider außerhalb Südafrikas häufig übersehen.

Über Jahrzehnte behauptete das englischsprachige weiße Südafrika mit seiner politischen Kultur (»statt *Segregation* *graduelle Integration*«) eine den Frieden in Südafrika sicherstellende Alternative zur afrikaansen Apartheid-Ideologie zu haben. Darauf haben sehr viele ausländische Systemkritiker, darunter nicht zuletzt solche liberaler Provenienz, noch stets ihre Hoffnungen gesetzt. Es wäre heute aber müßig, die Frage zu untersuchen, welche Substanz sich hinter dieser Alternative (Schein-Alternative?) verbarg. Sie existiert jedenfalls heute nicht mehr; sie ist in den zurückliegenden etwa fünf Jahren unwiederbringlich verfallen: Eine stetig wachsende Zahl englischsprachiger weißer Südafrikaner unterstützt nunmehr die ursprünglich rein afrikaanse Regierungspartei *Nasionale Party van Suid-Afrika*. »Boer« und »Brit« sind sich 1980 politisch näher denn je zuvor. Nicht zuletzt Angst um den Fortbestand der weißafrikanischen Nation hat sie zusammengeschießt. Auch dies ist eine Folge der wachsenden Polarisierung im Lande. Die englischsprachigen weißen Südafrikaner sind jedenfalls heute sehr viel weniger liberal als ihre Zeitungen hier und da den Anschein erwecken. Es erscheint sehr wichtig, daß dies im Ausland in seiner vollen Bedeutung erkannt wird.

Zwei Beispiele mögen die Richtigkeit dieser These verdeutlichen: die liberale *Rand Daily Mail* (Johannesburg), gewiß seit Jahrzehnten die regierungs-kritischste Tageszeitung des Landes, entschied sich vor einigen Jahren aus freien Stücken

für die Herausgabe einer Ausgabe für ihre schwarze Leserschaft und einer weiteren, inhaltlich vor allem im Politischen anders gestalteten Ausgabe, für ihre weißen Leser. Symptomatisch erscheint auch das Anfang 1980 in Hammanskraal diskutierte Vorhaben schwarzer, rassistisch integrierten (!) Kirchen (Anglikaner, Methodisten, Katholiken u. a.) angehörenden Christen, eine eigene, eine (schwarze) »Bekennende Kirche« ins Leben zu rufen. Natürlich wurde mit dieser Namenswahl sehr bewußt an den Kirchenkampf im nationalsozialistischen Deutschland angeknüpft.

Wandlungsbereitschaft im weißen Südafrika?

So ist es vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis die liberale Partei Südafrikas, die *Progressive Federal Party* (PFP), in den Auseinandersetzungen Schwarz gegen Weiß aufgerieben werden wird. In dieser Zeitschrift ist bereits früher (1979, Juli/August, S. 616) darauf hingewiesen worden, daß der PFP und sie unterstützenden, unabhängigen weißen Liberalen selbst nach einem solchen eventuellen Verfall des liberalen Lagers eine hervorragende Bedeutung zukommen wird. Denn nur sie entwickeln in aller Offenheit den südafrikanischen Besonderheiten Rechnung tragende Konzepte einer alternativen staatlichen Ordnung: sei es, daß sie einer Föderation eigener Art (Systeme einer verfassungsrechtlich institutionalisierten Machtteilung, sog. Konkordanzdemokratie), sei es, daß sie, vorerst nur hinter vorgehaltener Hand, einer radikalen Aufteilung Südafrikas in einen größeren schwarz- und einen kleineren weiß-braunafrikanischen Staat das Wort reden.

Diese eben nur von den Liberalen in die Öffentlichkeit getragenen Diskussionen werden um so weniger aufzuhalten sein, als selbst (hinter verschlossenen Türen) in ausgeprägt konservativen Kreisen des Regierungslagers ähnliche oder gar identische Überlegungen angestellt werden. Hier ist der nahezu religiöse Glaube an die Richtigkeit des vor über drei Jahrzehnten eingeschlagenen Weges erschüttert. An seine Stelle trat spätestens Mitte der 70er Jahre große Verunsicherung. Etliche Afrikaner aus dem Regierungslager sehen heute durchaus Parallelen zwischen dem Schicksal ihres Landes und dem des nationalsozialistischen Deutschlands. Manch einer redet heute sogar der Kreuzigung einst bewunderter Afrikanerführer, ja selbst Hendrik F. Verwoerds, das Wort. Von alledem erfährt die Öffentlichkeit jedoch in der Regel nahezu nichts.

Die kürzlich bekanntgewordenen Pläne des sehr regierungsnahen SABRA-Instituts zur Schaffung eines »Afrikanerstans«, eines »weißen Palästinas« (»Projekt Oranje«) machen eine Ausnahme. Die Regierungspartei versteht sich nämlich nicht als eine herkömmliche politische Partei, sondern als »volksbeweging«. Wer unter den Afrikanern seine von der offiziellen Linie radikal abweichenden Vorstellungen nach außen trägt, läuft noch stets Gefahr, als »verraaier« gebrandmarkt und sozial völlig isoliert zu werden. So sind einzig die Vorstellungen der PFP und diejenigen der ihr nahestehenden unabhängigen Liberalen von der politischen Zukunft Südafrikas (incl. weißafrikanischer Mindestpositionen), nicht aber die hier und da im Verborgenen geäußerten identischen Gedankengänge der NP,

Gegenstand der ernstzunehmenden innersüdafrikanischen Diskussionen um die Zukunft des Landes.

Die Furcht, zum *verraaier* zu werden, führt gelegentlich zu grotesken Situationen. So haben nach dem souveränen Wahlsieg des von Pretoria seinerzeit mehr als jeder andere zimbabwische Politiker gefürchteten Robert G. Mugabe eine Reihe afrikaanser (also regierungsnaher) Tages- und Wochenzeitungen Pretoria aufgefördert, die Zukunft des Landes statt mit den bisher immer wieder herausgestellten Quislingen im Dialog mit den wahren Repräsentanten der schwarzen (und braunen) Bevölkerungsgruppen zu suchen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß man hier die Befreiungsbewegungen *African National Congress*, *INKATHA* und das *Black Consciousness Movement* (incl. des *Pan Africanist Congress*) im Auge hatte. Dies tat wohl auch Rowan Cronjé, der frühere rhodesische Landwirtschaftsminister, der u. a. in einer in Afrikaans gehaltenen Fernsehansprache die weißen Afrikaner beschwor, nicht die Fehler des früheren rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith zu wiederholen, zu spät zu wenig zuzugestehen und so das Risiko einzugehen, alles zu verlieren. Alle diese Stellungnahmen, selbst die von Premierminister P. W. Botha (*»adjust or die«*) leiden jedoch daran, daß den mehrheitlich schlicht reaktionären (weißen) Wählern nicht mit einem Wort klargemacht wird, wie die neue, die mit der schwarzen Konfliktpartei auszuhandelnde Ordnung aussehen könnte. Wer Angst vor der Klassifizierung als *verraaier* hat, der spricht, mag das auch noch so dringlich sein, nicht von der Notwendigkeit der radikalen Umverteilung von staatlicher Macht und Wohlstand.

Nach alledem darf es nicht Wunder nehmen, daß das von P. W. Botha 1979 propagandistisch so groß herausgestellte Reformwerk bislang der These, Südafrika sei reif für die Revolution, nichts von ihrer Berechtigung genommen hat. Der Weg von »Westminster nach Southminster« (Zalman Press) hat 1979/80 einmal mehr nur zur Bestätigung weißer Herrschaft und zur Schaffung machtloser Gremien für die Schwarzen (und Braunen) geführt. So hat es 1980 mehr denn je zuvor den Anschein, als werde die neue Ordnung in Südafrika erst aus der Asche der Apartheid erwachsen.

Wandlungserwartungen im schwarzen Südafrika

Das gilt um so mehr, als der so geringen Wandlungsbereitschaft der Herrschenden seit dem Sturz der weißen Minderheitsregierungen in Mozambique, Angola und Zimbabwe stark angewachsene Wandlungserwartungen der Unterdrückten gegenüberstehen. Das schwarze Südafrika begehrt mit aller Macht auf. So springt ins Auge, mit welcher Offenheit schwarze Südafrikaner heute ihren Sympathien für die verbotenen Befreiungsbewegungen *African National Congress* und, in geringerem Maße, *Pan Africanist Congress* Ausdruck geben. Deutlich wird das in den schwarzen Vorstädten u. a. gelegentlich der Beerdigung solcher schwarzer Südafrikaner, die sich im Kampf um die Befreiung der Schwarzen einen Namen gemacht haben. So wurden etwa beim Begräbnis der über 15 Jahre gebannten ANC-Aktivistin Lillian Ngoyi (*»Heldin unserer Tage«*) in Orlando East/Trans-

vaal viele Fahnen des ANC's mitgeführt. Auch war ihr Sarg mit einer solchen schwarz-grün-goldenen Flagge geschmückt. In vielem ähnlich gestaltete sich die Beerdigung von drei ANC-Sympathisanten, die nach einem von Geiselnahmen begleiteten Überfall auf eine Bank in Silverton/Pretoria von der Polizei erschossen worden waren. In diesem Trauerzug war immer wieder die Parole zu hören: »*Sie waren keine Verbrecher, sie sind unsere Helden!*«.

Wer die Vorstellungen dieser Menschen von der politischen Zukunft ihres Landes zu erkunden sucht, wird feststellen, daß alle publik gewordenen Überlegungen des Regierungslagers zur Liberalisierung des Status quo (nicht zu dessen Überwindung!) kein Echo unter den Schwarzen mehr auslösen. Das allerdings gilt sehr weitgehend auch für die geschilderten Vorstellungen der Liberalen, das südafrikanische Dilemma durch eine Föderation eigener Art oder eine radikale Teilung des Landes zu lösen. Die Vorstellungen der Schwarzen (nicht der Braunen!), jedenfalls die ihrer Sprecher, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie fordern den unitarischen Staat. Sie machen sich die Inschrift auf dem Grabstein des im Polizeigewahrsam liquidierten Bürgerrechtlers Steve Biko zu eigen »*One Azania, one nation*«. Über einen wie auch immer gearteten Minderheitenschutz denkt hier also kaum noch jemand nach.

In diesem Kontext sei angemerkt, daß es übergroßer Naivität bedarf anzunehmen, daß in einem solchen staatlichen System noch Platz für die weißafrikanische Nation und/oder die beiden braunafrikanischen (i. e. gemischtrassigen und indienstämmigen) Minderheiten wäre. Sie würden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vertrieben oder liquidiert werden. Entsprechend hart ist ihr Widerstand! Es erscheint wichtig, auch dies bei der Formulierung einer neuen Südafrika-Politik der westlichen Welt in Rechnung zu stellen. Denn es bedarf keiner besonderen Weitsicht, um zu erkennen, daß auch eine revolutionäre schwarz-südafrikanische Regierung kein Konzept hätte, nach dem in Südafrika die Erste und die Vierte Welt koexistieren könnten.

Ein im weißen Südafrika wie auch in konservativen Kreisen des Westens weitverbreiteter Irrglaube besagt, daß die in den Reservaten lebenden schwarzen Südafrikaner (ca. 50 v. H.) konservativ, jedenfalls weniger revolutionär seien als die in den städtischen Ballungszentren lebenden. Diese These ist unrichtig. Die radikal-oppositionelle Bürgerrechtsorganisation *Black Sash* veröffentlichte kürzlich Angaben, nach denen Schwarze aus den Reservaten selbst dann ihre Jahreseinkünfte durch die illegale Annahme einer Arbeitsstelle im »weißen« Südafrika um ein Vielfaches erhöhen können, wenn sie dessentwegen (Verstoß gegen die Paßgesetze) alljährlich eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßen müssen. Der später gebannte Franziskaner-Pater Cosmas Desmond beschrieb das Elend in den in schwarzen Reservaten gelegenen Rücksiedlerlagern. Dies spottet nämlich jeder Beschreibung. Hier bedarf es nicht mehr der revolutionären Agitation. Längst hat eine unbekannte Zahl junger Schwarzafrikaner aus diesen Brutstätten der Revolution den Weg in im Ausland gelegene Guerillero-Ausbildungslager angetreten.

So reift in Südafrika ein Konflikt heran, der zu einem Bürgerkrieg ganz neuer

Qualität zu werden droht. Es erscheint moralisch wie interessenpolitisch gleichermaßen dringlich geboten, jeden denkbaren Versuch zu unternehmen, eine solche Entwicklung zumindest einzudämmen. Wenn man, wie der Verfasser, mit den liberalen Weißafrikanern zu dem Ergebnis kommt, daß hier ein klassischer Fall einer »no win situation« vorliegt, so gilt es, die von ihnen erarbeiteten Kompromißformeln zu propagieren und dabei mitzuwirken, sie in die Tat umzusetzen. Es ist in Südafrika auf viel Anerkennung gestoßen, daß die F.D.P. in den letzten Jahren diesen Weg beschritten hat. Denn gelingt hier ein Durchbruch nicht, so wird die westliche Welt in absehbarer Zeit in den Bereichen allgemeiner Politik wie auch im wirtschafts- und sicherheitspolitischen Bereich und darüber hinaus im Verhältnis zu den schwarzafrikanischen Mitgliedern der Dritten Welt eine sehr hohe Rechnung zu begleichen haben.



SCHRIFTEN DER BADEN-BADENER UNTERNEHMERGESPRÄCHE

Herausgegeben vom

Deutschen Institut zur Förderung des industriellen Führungsnachwuchses.

Der neueste Band dieser Reihe:

Unternehmer und Staat in der sozialen Marktwirtschaft

Siehe Seite 24.

Management-Weiterbildung im Betrieb

Erfahrungen aus Feldstudien in Deutschland. Von Prof. Dr. H.-J. Arndt u. S. Faßbender. 1971, 180 S., brosch. DM 18,—. ISBN 3 7819 2600 1

Schwerpunkte unternehmerischen Handelns

Symposium zum 20jähr. Bestehen der Baden-Badener Unternehmergespräche.

1971. 200 S., brosch. DM 19,80. ISBN 3 7819 2601 X

Ohne Unternehmer keine Marktwirtschaft

Symposium zum 20jährigen Bestehen der Baden-Badener Unternehmergespräche. 1975, 164 Seiten, Ppb. DM 35,—. ISBN 3 7819 2607 9

Operations Research und betriebliche Entscheidungsprobleme

Von Prof. Dr. Chr. Haehling v. Lanzenauer. 1972, 188 S., brosch. DM 18,—. ISBN 3 7819 2603 6

Selbstbehauptung der sozialen Marktwirtschaft

1975. 114 Seiten, Ppb. DM 33,50. ISBN 3 7819 2606 0

Sechs Beiträge von kompetenten Autoren behandeln das Thema aus ökonomischer, publizistischer, philosophischer, theologischer und unternehmerischer Sicht.

Alle Preise dieser Reihe sind unverbindliche Preisempfehlungen.



FRITZ KNAPP VERLAG

Neue Mainzer Straße 60 · 6000 Frankfurt am Main 1 · Fernruf: 06 11 / 28 01 51
Fernschr.: 41 1397 · Telegr.-Adresse: Schauinsland · Verkehrsnummer: 13 530